

[12-4.doc]

## **Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 681**

**Stadtverordneter Dr. Nils Köbler, CDU:**

Frau Vorsteherin,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz sind existenzielle Bestandteile dessen, was man so schön unter dem Fachausdruck „Kommunale Daseinsvorsorge“ versteht. Sie sind etwas, das in Vergessenheit gerät, solange es nicht gebraucht wird, aber etwas, das fundamental wichtig ist, auch gerade für die Menschen, die in dieser Stadt leben und die auch von der Stadt und der Stadtpolitik erwarten, dass für die Sicherheit der Menschen dieser Stadt gesorgt wird. Das wird nicht alles durch städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt, sondern wird - und das ist eine Besonderheit des Brandschutzes in diesem Land, genauer gesagt eine deutsche und österreichische Tradition - in hohem Maße und traditionell durch bürgerschaftliches Engagement sichergestellt. Klar, in Frankfurt und anderen Großstädten dieser Kategorie gibt es auch eine Berufsfeuerwehr, die wichtig ist und die aus guten Gründen gesetzlich vorgeschrieben ist. Aber auch in Städten wie Frankfurt ist die Freiwillige Feuerwehr für einen großen Teil des Katastrophenschutzes eine wichtige Komponente und steht zur Verfügung; dies merken wir regelmäßig.

Auch bei dem Thema, das wir eben behandelt haben, der Unterbringung von Flüchtlingen, wird gerne und zuverlässig auf die Freiwilligen in dieser Stadt, etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr, zurückgegriffen. Deswegen halten wir es als CDU für eminent wichtig, dass wir gerade mit diesem Teil der ehrenamtlich Engagierten in unserer Stadt richtig, aufrichtig und ehrlich umgehen als Stadtpolitik; und das ist etwas, das wir vom Magistrat auch einfordern! Vertrauen zwischen der Politik und der Feuerwehr, dem Katastrophenschutz insgesamt, in dem viele Freiwillige tätig sind, nicht nur bei den Freiwilligen Feuerwehren im engeren Sinne, ist ein wertvolles, aber auch ein sensibles Gut, das hier im Moment in Gefahr gerät.

Das, was in der Zeitung zu lesen war, aber auch das, was man an Stimmungen am letzten Samstag bei der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehren hier in Frankfurt wahrnehmen konnte, ist ein Warnsignal! Es muss gerade an die neue Koalition und an die Dezernentin, die für Brandschutz zuständig ist, eine ernstzunehmende Warnung sein, dass hier in Fragen der Kommunikation und im Umgang miteinander noch nicht das richtige und das notwendige Niveau erreicht ist. Beschwichtigungspolitik, wie wir sie heute wieder gehört haben, ist nicht die richtige Antwort und ist nicht der richtige Umgang mit denjenigen, die sich in dieser Stadt im wahrsten Sinne des Wortes gelegentlich für ihre Mitmenschen die Nacht um die Ohren schlagen!

Ich möchte es an zwei konkreten Punkten festmachen. Denn auch bei der Freiwilligen Feuerwehr kann man lesen - und da reicht es nicht, wenn die Dezernentin sagt: „Da muss sich niemand Sorgen machen, es ist alles in Ordnung.“ Das eine ist das Prioritätenprogramm für die Umsetzung von Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen bei Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr, das in der Vergangenheit immer mit zwei Millionen Euro im Jahr vorgesehen war, ...

**Stadtverordnetenvorsteherin  
Hilime Arslaner:**

Herr Dr. Kößler, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**  
(fortfahrend)

... und das eine Grundlage und ein wichtiger Bestandteil für die Planungen der Freiwilligen Feuerwehr war und das im Haushalt jetzt nicht mehr zu finden ist! Das ist die erste Frage, ...

**Stadtverordnetenvorsteherin  
Hilime Arslaner:**

Herr Dr. Kößler, kommen Sie bitte zum Schluss, Ihre Zeit ist abgelaufen!

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**  
(fortfahrend)

... die wir heute hier an dieser Stelle an die Dezernentin stellen: Können die Feuerwehren weiterhin damit rechnen, dass sie diese zwei Millionen Euro im Jahr für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt bekommen?

Vielen Dank!

(Beifall)